

Herr Ebel und die „Grüne Falle“ – eine Antwort

geschrieben von Admin | 17. Oktober 2025

EIKE lebt von und mit seinen Lesern, und auch den Kommentaren zu unseren Artikeln. Wie das so ist, gibt es darunter auch Leser, die als Kommentatoren auftreten, und das immer und immer wieder, bei denen man merkt, dass sie nicht an der Klärung des Sachverhaltes interessiert sind, sondern als Überbau eine bestimmte Ideologie haben, die sie antreibt, alles zu verteidigen, was dieser Ideologie nützt, und alles zu verwerfen, mit manchmal richtigen, oft halb wahren, besser halb-falschen, oder ganz falschen Argumenten. Um eine solchen Fall handelt es sich hier. Der Verfasser – Dr. Heinz Hug, der sich sein berufslebenlang mit Spektralanalyse beschäftigt hat, traf hier auf den Physiker Jochen Ebel. Schauen wir was Herr Dr. Hug zu sagen hat.

von Heinz Hug

Vorbemerkung: Mein Kommentar soll auch für Nichtnaturwissenschaftler nachvollziehbar sein. Deshalb benutze ich, so weit wie möglich, Alltagsbegriffe und verzichte auf jeglichen mathematischen Schnickschnack. Noch eins: **Für einen Umweltschutz mit Maß und Ziel lasse ich mich in Stücke reißen, wer aber heute nach mehr „Klimaschutz“ verlangt, verlangt nach Planwirtschaft, Bevormundung, Zwangsaufgaben, Verbote und letztendlich nach Knechtschaft!**

Herr Ebel als Kommentar zur Rezension meines Buches, **„Die grüne Falle“**, schrieben Sie: *„Soll man jemanden ernst nehmen, der statt der (spätestens 1906) bekannten Strahlungstransportgleichung (die auch Emission enthält) nur die Transmission (Absorption) berücksichtigt und von Transmission 10^{-2080} faselt?“*

1. Ich faselle nicht von einer Transmission von 10^{-2080} sondern habe eine Transmission von 10^{-208} gemessen und zwar für das „Zentrum“ der 15 Mikrometerbande des CO₂ (Q-Zweig):

<https://eike-klima-energie.eu/2012/08/20/der-anthropogene-treibhauseffekt-eine-spektroskopische-geringfügigkeit/>

- 2 Das von Ihnen als Gefasel beschriebene, **stimmt auch mit den Aussagen des IPCC überein**, der bereits vor Jahren hervorhob, dass die besagte CO₂-Bande in der Mitte (Q-Zweig) vollkommen intransparent sei. Dies entspricht der von mir gemessenen Transmission von 10^{-208} , wobei es wurscht ist, ob es 10^{-150} oder 10^{-300} oder gar 10^{-2080} sind. Da kommt nichts durch! Könnte man das „Zentrum“ der besagten CO₂-Bande vom Weltall aus mit einem menschlichen „Infrarot-Auge“ betrachten, dann wäre es **zappenduster!** Das nennt man spektroskopisch „gesättigt“. Halt, nicht

so schnell mit „ja, aber“. Auf die „Ränder“ des Spektrums gehe ich weiter unten noch ein (s. Punkt 6).

3. Jedenfalls hat sogar der 2021 verstorbene Nobelpreisträger Paul Crutzen den „Sättigungseffekt“ hervorgehoben. Er ließ vor Jahren von einem Doktoranden insbesondere die 15 Mikrometerbande des CO₂-Spektrums messen. Das Ergebnis beschreibt er in einem Lehrbuch: *„Es gibt bereits so viel CO₂ in der Atmosphäre, dass in vielen Spektralbereichen die Aufnahme durch CO₂ fast vollständig ist, und zusätzliches CO₂ spielt keine große Rolle mehr.“* (T. E. Graedel, Paul J. Crutzen, *Chemie der Atmosphäre*, Spektrum Akademischer Verlag Heidelberg, Berlin, Oxford, 1993, S. 160). Da haben Sie wieder meine 10⁻²⁰⁸. Klimatheologen wischen das mit dem Argument beiseite, Crutzen sei kein Klimawissenschaftler gewesen und habe zur Treibhausgasforschung nichts Wesentliches beigetragen.

4. Herr Ebel, Sie monieren, ich ginge nicht auf den **Strahlungstransport** ein. Den bestreite ich prinzipiell nicht! Die einschlägigen Gleichungen sind vollkommen korrekt. Hierzu sind aber ein paar kritische Anmerkungen angebracht:

Ich habe bereits vor über 20 Jahren das Buch *„Radiative Transfer in the Atmosphere and Oceans“* von Knut Stamnes et. al. gelesen, in welchem der Strahlungstransport ausgiebig beschrieben wird. Natürlich kenne ich auch die einschlägigen Veröffentlichungen von Karl Schwarzschild: *„Über das Gleichgewicht der Sonnenatmosphäre“* von 1906. Auch Veröffentlichungen von Veerabhadran Ramanathan, Manabe und Wetherald sind mir nicht unbekannt. **Gehen Sie also davon aus, dass mir der Taschenspielertrick des Strahlungstransports bekannt ist, mit dem man entscheidende andere energetischen Prozesse in der Atmosphäre unter den Teppich kehrt.**

Die **Strahlungstransportgleichung** als Fundamente der Klimamodellierung beruht auf der Bilanz der atmosphärischen **Wärmestrahlungssenke** (Absorption gemäß *Lambert-Beer-Bouguer*) mit der **Wärmestrahlungsquelle** (*Planck'sche* Strahlungsgleichung). Anschaulich und stark vereinfacht gilt:

„örtliche Strahldichte“ in bestimmter Höhe = „Strahlungssenke (Absorption)“ – „Quellstrahlung“

Weshalb eigentlich Taschenspielertrick? Nun, beim **klimatheologischen Missbrauch der Strahlungstransportgleichung** tut man so, als sei in der Atmosphäre alles Strahlung und immer nur Strahlung, so als ob ein **Strahlungsenergieerhaltungssatz** existiere. Das ist Unfug!

Wie kommt eigentlich die Temperatur in einer bestimmten Höhe über der Erdoberfläche zustande, damit man sie in die Strahlungstransportgleichung einsetzen kann? Hierfür ist ganz entscheidend die **Konvektion** (Strömung) und untergeordnet die Diffusion verantwortlich. **Prof. Gerlich** von der TU Braunschweig hat das schon vor

Jahren kritisiert. **Demnach setzt eine ehrliche Bilanzierung des Strahlungstransports die Kopplung hydrodynamischer Flussgleichungen (atmosphärische Strömung) mit der Planck'schen Strahlungsgleichung voraus.** Und genau das kann wegen des chaotischen Verhaltens des Fluids namens Atmosphäre nicht gelingen.

Um es noch einmal verständlich, didaktisch reduziert zu sagen: Will man die **Temperatur** in einer bestimmten Höhe berechnen, muss man die dort vorhandene **Strahldichte (in $W \cdot sr^{-1} \cdot m^{-2}$)** kennen. Will man aber umgekehrt die **Strahldichte (Quellstrahlung)** berechnen, muss man zur Anwendung des Planck'schen Strahlungsgesetzes die dort herrschende **Temperatur** (in K oder °C) kennen. Hier beißt sich die Katze in den Schwanz!

Tatsächlich ist die ganze computergestützte Klimamodellierung nichts als Rechnerei. Rechnerei mit Algorithmen, bei denen von vornherein feststeht, was als Ergebnis herauskommt. Anfangs hat man sogar noch größere **Flusskorrekturen** verwendet, damit bei der Modellierung nicht vollkommener, der Realität widersprechender Unsinn resultiert.

Übrigens setzt die Anwendung der *Planck'sche* Strahlungsgleichung in der Strahlungstransportgleichung den vorhandenen atmosphärischen Temperaturgradienten **voraus**. Dieser beruht aber auf Messwerten und **nicht** auf der Computerrechnerei mit der Strahlungstransportgleichung! Anschaulich stellt man es sich so vor, wie im Bild 1 gezeigt:

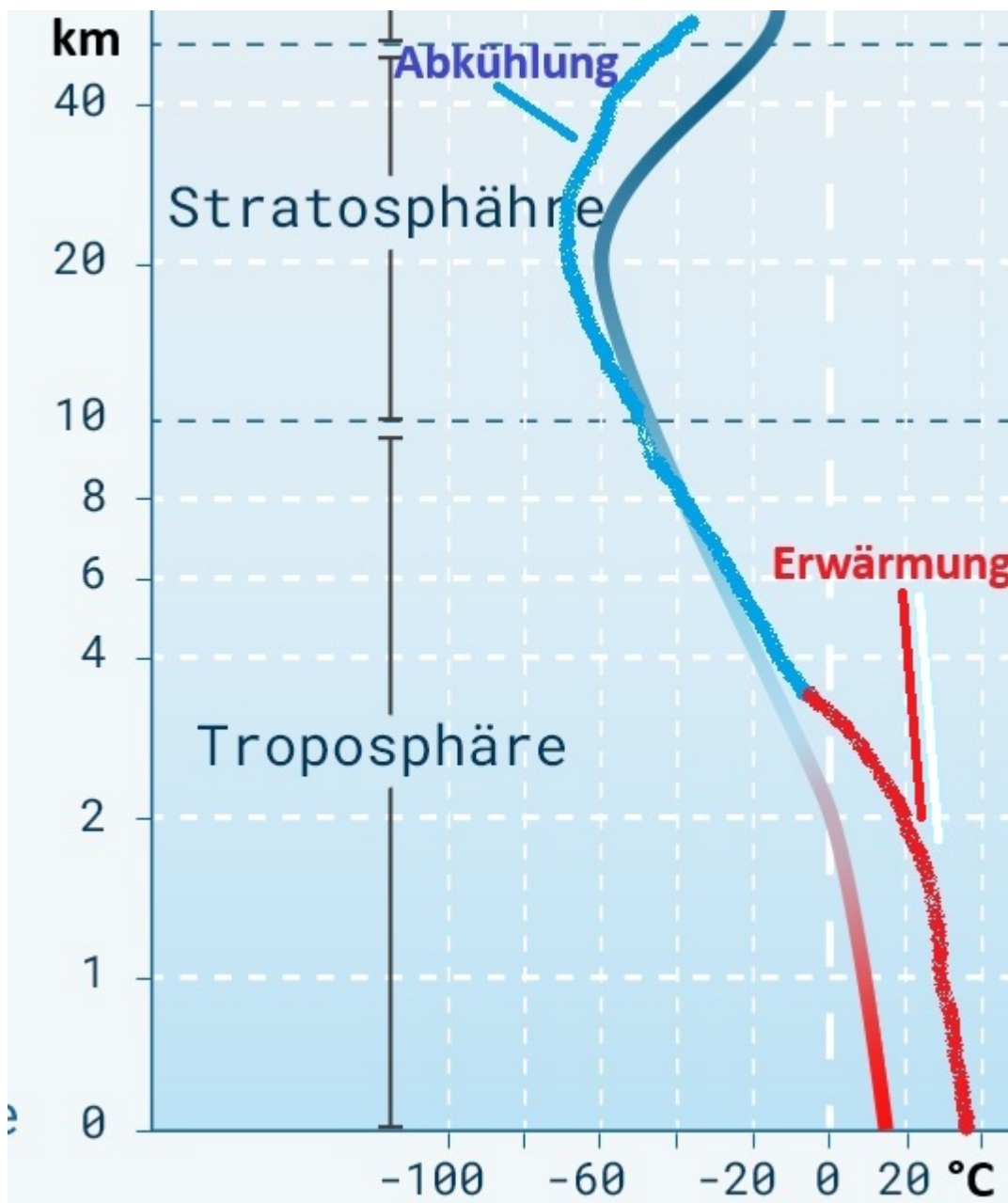


Bild 1: Hypothetische Verschiebung des Temperaturprofils bei steigenden Treibhausgaskonzentrationen

Unter Einfluss von Treibhausgasen soll sich das natürliche atmosphärische Temperaturprofil unter Einwirkung von Treibhausgasen verschieben. Die Stratosphäre kühlt sich ab, während es erdbodennah (Troposphäre) zur Erwärmung kommt. Dies beruht darauf, dass in dichten Luftschichten die strahlungslose Deaktivierung angeregter CO₂-Moleküle zur Erwärmung beiträgt (s. Bild 3):

<https://eike-klima-energie.eu/2012/08/20/der-anthropogene-treibhauseffekt-eine-spektroskopische-geringfuegigkeit/>

Da in dünner Atmosphäre die Stoßdeaktivierung keine Rolle spielt, emittiert das CO₂ seine Energie direkt in Richtung Weltraum (Strahlungskühlung). Dies ließ sich bisher **nicht** eineindeutig **durch Messung belegen**. – obwohl auch hierzu Veröffentlichung existieren.

Abgesehen davon, müsste man, durch Messwerte gesichert, einen **Ausgangswert** festlegen können, sollte die Hypothese gemäß Bild 1 einen Bezug zur Realität haben. Stellt sich Frage, mit welchen Satelliten hat man um 1850 die Stratosphärentemperatur gemessen, wenn sich der Planet seit dieser Zeit, anthropogen bedingt, um 1,6 °C aufgeheizt hat? Näheres zur Strahlungstransportgleichung, den Hanel-Spektren usw. (s. pdf-Datei):

<https://eike-klima-energie.eu/2021/03/08/treibhauseffekt-oder-nur-bodennahe-gasstrahlung/>

5. Herr Ebel, Sie schrieben: *„Die Emissionen sind lediglich von der Temperatur des strahlenden Körpers abhängig, diese Strahlung als Rückstrahlung zu bezeichnen ist also ein Witz. Zwar bedeutet die Emission von Strahlung einen Energieverlust – wenn aber die Temperatur im Mittel konstant bleibt, wird dieser Energieverlust durch Konvektion und Absorption kompensiert.“*

Hier liegen Sie richtig, Herr Ebel, die Konvektion spielt eine entscheidende Rolle und auch bedeutet die Emission ein Energieverlust. Sie wissen aber auch, dass bis in eine Höhe von ca. 60 km das lokale thermodynamische Strahlungsgleichgewicht (LTE) angenommen werden kann. Hier spielen Stoßprozesse erster und zweiter Art eine Rolle und nicht die Konvektion oder gar die Absorption.

6. Nun zum **IPCC**, der selbst zugibt, dass die 15 Mikrometerbande im weitesten Bereich gesättigt ist, so dass zusätzliches CO₂ keine nennenswerte Erhöhung des Treibhausgaseffekts bewirkt. **Nur an den Rändern dieser Bande (P- und R-Zweig) wirkt sich weiterer atmosphärischer CO₂-Eintrag aus.**

Richtig! Nimmt man die von IPCC vertretenen spektroskopischen Messwerte, dann erhöht sich der Treibhauseffekt des CO₂ bei **100 % mehr (CO₂ Verdoppelung!)** um schwachbrüstige **1,2 %** (Bild 6 in folgendem Link) <https://eike-klima-energie.eu/2012/08/20/der-anthropogene-treibhauseffekt-eine-spektroskopische-geringfuegigkeit/>

Rechnet man damit, ergibt sich eine Temperaturerhöhung um gerade einmal 0,7 °C und nicht mehr! Das nennen ich eine **Petitesse**, die nicht rechtfertigt unter **politischer Anweisung** das Fenster sperrangelweit aufzureißen und das **Geld mit vollen Händen rauszuschmeißen** – für überteuerte Elektroautos und Wärmepumpen, die mit zunehmend unbezahlbarer elektrischer Energie betrieben werden, nebst kostspieliger Verpackung unserer Häuser mit einer Isolierhülle, die jeder Thermosflasche zur Ehre gereicht.

7. Da selbst dem IPCC besagte 1,2 % (s. o. Punkt 6) zu mickrig sind, hat man statt des Kaninchens die **Wasserdampfverstärkung** aus dem Zylinder gezogen (vgl. Clausius-Clapeyronsche Gleichung). Die 1,2% zusätzliche Rückstrahlung sollen die Ozeane erwärmen, wodurch der Atmosphäre mehr

Wasserdampf zugeführt wird. Da Wasserdampf ein starkes Treibhausgas sei, soll eine Temperaturerhöhung nicht um 0,7 °C, sondern um mindestens 1,5 ° oder 2 °C bzw. 3 °C erfolgen. Wer bietet mehr? Wie sich zeigen lässt, ist der hypothetische Wasserdampfverstärkungsmechanismus eine klimatheologische Luftnummer (s. Bild 8 im folgenden Link) <https://eike-klima-energie.eu/2012/08/20/der-anthropogene-treibhauseffekt-eine-spektroskopische-geringfuegigkeit/>

8. Nicht zuletzt deshalb liegen die Klimamodellierer vollkommen falsch, wie die Bilder 2 und 3 belegen.

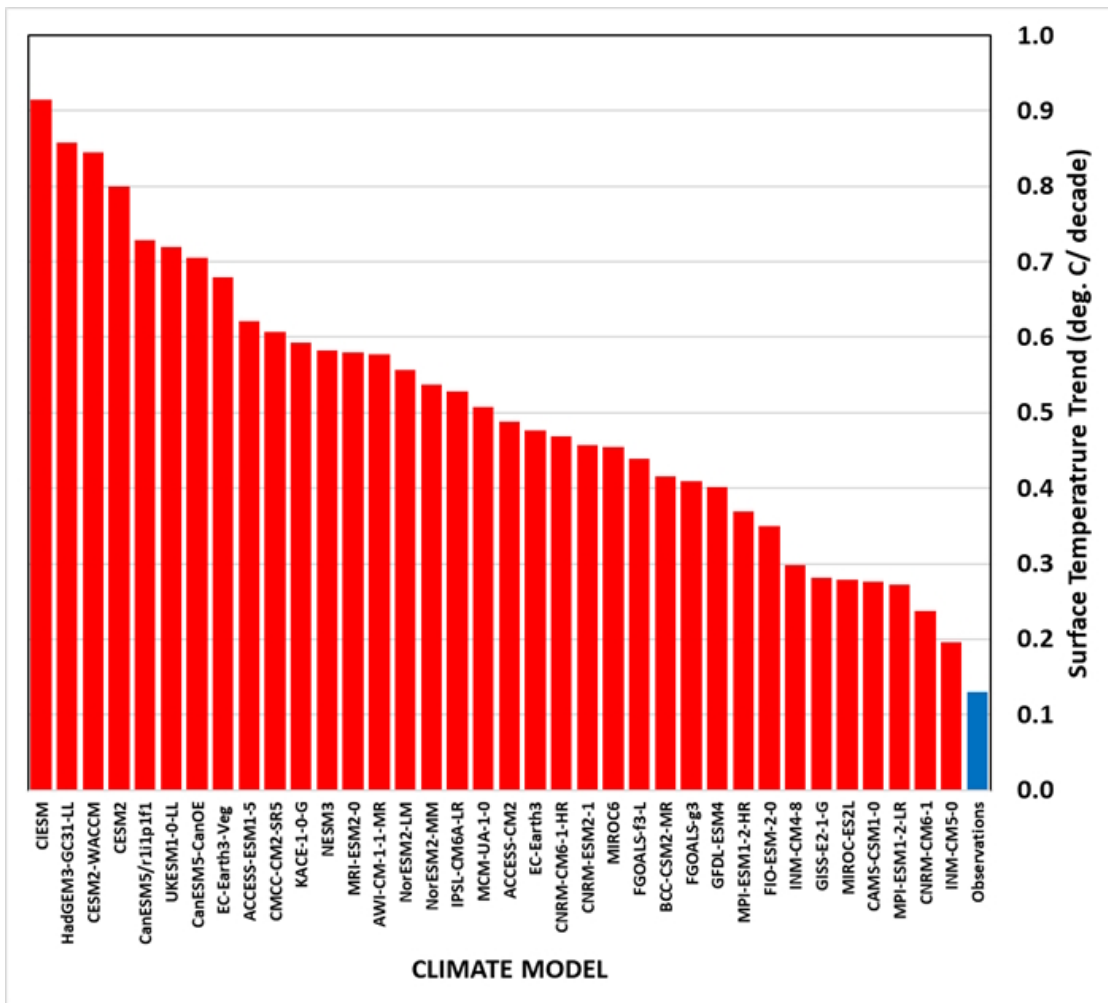


Bild 2: Klimamodellierung versus Realität (Quelle: Roy Spencer, CENTERFORENERGY, CLIMATE, AND ENVIRONMENT, No. 3809 | January 24, 2024)

Bild 3: Klimamodellierung versus Realität (Quelle: Studie von McKittrick und Chroisty (2018))

Der blaue Balken in Bild 2 entspricht der **gemessenen** Temperaturerhöhung von 1973 bis 2023 in den „Midwestern“ der USA; die **roten** Balken präsentieren **Klimamodellierungen** basierend auf der Strahlungstransportgleichung nebst Wasserdampfverstärkungsmechanismus. Auch im Bild 3 liegen die Klimamodellierung weit außerhalb der Realität. Sowohl Bild 2 als auch Bild 3 sollten eigentlich zu sofortigen Stilllegung der milliardenschweren Treibhausgaspanik-Industrie führen.

Tatsächlich gibt es nicht einen einzigen experimentellen, naturwissenschaftlich abgesicherten Beweis für das Narrativ, Treibhausgase steuern das Klima. Alles ist gerechnet und immer nur gerechnet und sonst nichts. Dies trifft auch für die 2021 verliehenen Nobelpreise an Klaus Hasselmann, Syukuro Manabe und Giorgio Parisi zu (s. Die Grüne Falle, S. 20 ff). Übrigens ist der Nobelpreis kein Garant, dass die damit ausgezeichnete Forschung für alle Zeiten richtig ist. So bekam **Egas Moniz** 1949 den Nobelpreis verliehen für seine Arbeiten auf dem Gebiet der Lobotomie, was sich später als großer Irrtum herausstellte. **Arrhenius** erhielt 1903 den Nobelpreis für seine Dissoziationstheorie. Demnach dissoziieren Säuren in wässriger Lösung in Protonen und Säurerest. Nach dem heutigen Stand der Wissenschaft ist dies falsch. Die Wahrscheinlichkeit ein freies Proton in wässriger Lösung zu finden beträgt ca. 10^{-120} . Heute spricht man von einem Hydroniumion (H_3O^+). Es gibt auch noch weiterführende Theorien.

9. Herr Ebel, „Die grüne Falle“ umfasst 444 Seiten. Davon befassen sich **nur 64 Seiten** mit der politisch missbrauchten Klimaforschung. **Die restlichen Seiten greifen sämtliche Ökohorrorszenarien auf, mit denen seit den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts die landläufige Ökopanik geschürt wird.** Vom Acrylamid über Arzneimittelrückstände im Trinkwasser, der BSE-Hysterie, Dioxin, Gift allgemein, Krebs durch Alltagschemikalien, Pflanzenschutzmittel-spuren im Obst und Salat usw. bis zum Waldsterben. Allein das Literaturverzeichnis geht über 33 Seiten mit **971 Literaturangaben**. Und Sie wollen das alles mit einer dürftigen Bemerkung vom Tisch fegen. Tatsächlich ist „Die grüne Falle“ eine aktualisierte Wiederauflage der „**Angsttrompeter**“

<https://www.amazon.de/Die-Angsttrompeter-Fr%C3%BChst%C3%BCcksei-Pestizide-trotzdem/dp/377668013X>

Daneben habe ich wichtige Teile meines Buchs „Der täglichen Ökohorrors“ eingefügt, die in den „Angsttrompetern“ zu kurz gekommen sind.

<https://www.amazon.de/t%C3%A4gliche-%C3%96kohorrord-werden-wir-manipuliert/dp/3784473547>

10. Noch eins muss gesagt werden: Klima – „Mittelwertwetter“ im Zeitraum von 30 Jahren – gehorcht dem Chaosprinzip. Es ist aber prinzipiell nicht möglich mit Hilfe mathematischer Methoden – hier Klimamodellen – eine „fixes Ergebnis“ (hier Klima in 50 Jahren = „Attraktor“ in 50 Jahren) aus chaotischen Schwankungen vorher zu berechnen. Denn die Chaostheorie basiert auf dem Prinzip „nichtlinearer Gleichungen“, bei denen infolge Rückkopplung aus kleinsten Veränderungen des Ausgangszustandes vollkommen unvorhersehbare Ergebnisse resultieren. Deshalb können Klimamodelle allein aufgrund der Chaostheorie niemals funktionieren.

Das Chaos verhält sich **nicht-ergodisch** (vgl. Ludwig Boltzmann, statistische Physik). Dies kennt man z. B. aus dem Wetterbericht im Fernsehen. Je weiter man in die Zukunft geht, desto größer wird die

Schwankungsbreite der Temperatur an einem bestimmten Ort. In der „Grünen Falle“ beschreibe ich es für Nichtnaturwissenschaftler näher – eben plausibel (S. 287 ff).

11.



1. Immer wieder hält man mir entgegen, ich verbreitete **Verschwörungs-theorien**. Ganz im Gegenteil. Alles ist sauber belegt. Auch die erstaunliche und vergessenen Tatsache, dass der **US-Präsident Richard Nixon** 1969 offiziell mit Hilfe der **NATO** die grüne Politik ins Leben rief (s. u). Greenpeace und „Die Grünen“ sind **nicht Initiatoren** der Ökobewegung. Nein, es war Richard Nixon! Die Grünen sind sehr viel später auf den Ökomusikdampfer aufgesprungen, wie der 68er-Insider Christian Schmidt belegt. Nach seiner Schilderung hat Daniel Cohn-Bendit um 1970 Joschka Fischer auf die Möglichkeit hingewiesen mit Hilfe der aufkommenden grünen Bewegung, politische Macht zu erlangen (wird mit genauer Lit.-Angabe von mir zitiert). Dies nach vergeblichen Versuchen, die Arbeiter von Opel und der Hoechst AG für den Sozialismus zu begeistern
3. 12. Zum Abschluss hier die offizielle Veröffentlichung der NATO von 1972, mit der **Richard Nixon** die Ökohysterie angefacht hat:

Das Atlantische Bündnis und die Umweltkrise

von
James R. Huntley

Oktober 1972
NATO Informationsabteilung
1110 Brüssel

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Die zwanzigste Wiederkehr eines Aprils:	
Die Entstehungsgeschichte einer Idee	5
Die dritte Dimension der NATO	6
Die Inangriffnahme des Umweltproblems	7
Formung der menschlichen Umwelt:	
Eine internationale Herausforderung	9
Einige Anzeichen	10
Eine internationale Krise?	12
Die ökologische Krise in Industrienationen	14
Die NATO und der Umweltschutz:	
Gegen die Ölverschmutzung	17
Verseuchung der Küstengewässer	20
Verseuchung der Binnengewässer	22
Der abgasfreie Automotor	23
Die Kontrolle der Luftverschmutzung	24
Das unfallsichere Auto	26
Andere Aspekte der Straßenverkehrssicherheit	28
Katastrophenhilfe	30
Umwelt und Regionalplanung	33
Wissenschaftliche Erkenntnisse und Entscheidungsbildung	33
Städte	34
Drogenmißbrauch	35
Moderne medizinische Versorgungssysteme	35
Moderne Verfahren der Abwasserreinigung	36
Forschungstipendien auf dem Gebiet des Umweltschutzes	36
Warum NATO?	
Warum befaßt sich die NATO mit diesen Problemen?	38
Internationale Arbeitsüberschneidung und Koordinierung	41
Die Konzeption und Arbeitsverfahren des Umweltschutzes	46
Die Zukunft des Umweltausschusses:	
Die bisherigen Ergebnisse	50
Und die Zukunft?	50
Anhang A: Zeittafel	53
Anhang B: Veröffentlichungen der NATO auf dem Gebiet des Umweltschutzes	55
Anhang C: Deutsch-amerikanische Vereinbarung über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Experimentier-Sicherheitsfahrzeugen	55

Bündnisses und in die allgemein gehaltenen Formulierungen des Artikels 2 des Nordatlantikvertrags war aber noch eine dritte Dimension eingebettet, und am 20. Jahrestag der Vertragsunterzeichnung veranlaßte die rasche soziale Entwicklung in den Mitgliedsländern des Bündnisses den Präsidenten der Vereinigten Staaten, Richard Nixon, in dieser Richtung einen kühnen Vorschlag zu machen. Vor den am 10. April 1968 in Washington versammelten Außenministern der Bündnispartner erklärte er seine Überzeugung, daß „das westliche Bündnis ... eine soziale Dimension benötigt, um sich mit unseren Besorgnissen über die Qualität des menschlichen Lebens im letzten Drittel dieses Jahrhunderts zu befassen“. Der Präsident forderte die NATO auf, tätig zu werden, und erklärte:

„Alle unsere Länder sind weit entwickelt. Unsere Bevölkerung teilt sich in den Nutzen, aber auch in die wachsenden Probleme einer schnell vorschreitenden industriellen Technologie. Den Industrienationen ist kein dringenderes Problem gemeinsam als die Anpassung des heutigen Menschen an seine Umwelt — die Aufgabe, die darin besteht, die Welt für den Menschen lebensfähig zu machen und dem Menschen dabei zu helfen, daß er lernt, in einem harmonischen Verhältnis zu seiner sich rasch verändernden Umwelt zu bleiben.“

Die Außenminister erklärten sich damit einverstanden, diese Idee zu prüfen, und schufen im November des gleichen Jahres einen Ausschuß für die Fragen der modernen Gesellschaft — auf deutsch kurz als Umweltausschuß bezeichnet — als Unterausschuß des Nordatlantikrats und erteilten ihm den folgenden Auftrag:

Prüfung der Mittel und Wege, mit denen durch praktische Maßnahmen der Austausch von Meinungen und Erfahrungen zwischen den Bündnispartnern gefördert werden kann, um die Aufgabe zu bewältigen, eine bessere Umwelt für ihre Bevölkerung zu schaffen ... sowie die Prüfung spezifischer Probleme der menschlichen Umwelt zu dem ausdrücklichen Zweck, die Mitgliedsregierungen zu konkreten Maßnahmen aufzufordern.

Und auch das steht in der NATO-Veröffentlichung von 1972:

6. Die Atmosphäre des Menschen wird durch etwa 12 Milliarden Tonnen Kohlendioxid verseucht, die jedes Jahr von unserer Industriegesellschaft freigesetzt werden. Etwa die Hälfte dieser Menge bleibt permanent in der Luft. Es ist damit zu rechnen, daß der Kohlendioxidgehalt der Luft sich bis zum Jahre 2000 um 25 % erhöht hat. Kohlendioxid ist normalerweise ein integrierender Bestandteil der Regenerationsprozesse unseres Planeten, aber einige Wissenschaftler erklären, daß das Klima der Erde durch einen abnorm hohen Kohlendioxidanteil der Luft in bedeutsamer Weise verändert werden könnte. Die genauen Auswirkungen sind noch ungewiß, jedoch erscheint eine Verschiebung der durchschnittlichen Tem-

Nach 1972 folgten Konferenzen, die u. a. von Nixons Beauftragten **Daniel Patrick Moynihan** initiiert wurden. Moynihan war übrigens **Nixons** Botschafter bei der UNO, die heute mit dem **IPCC** hervorragende Klimagehirnwäsche betreibt.

Den weiteren Verlauf findet man in den NATO-Briefen z. B. von 1969 und 1970. Es handelt sich um offizielle NATO-Schriftstücke und nicht um Papiere ähnlich denen der „Weisen von Zion“. **Nichts ist Verschwörung** alles lief und läuft **selbstorganisiert**. Macht alles platt wie eine Dampfwalze, die einmal in Fahrt gebracht wurde. Alle machen mit beim **Ökogeschäft**: die Industrie, die Politik, die Medien, die Schulen und selbst die Kindergärten. In letzteren bekommen schon die Kleinsten eine **rot-grün Indoktrination** vom Feinsten serviert.

Fleisch essen schadet den Klima, weshalb es im Kindergarten oft nur noch „Veggi“ auf den Teller kommt. Das ist ein **gängiges Narrativ**, weil methangashaltige Blähungen der Kühe den Treibhauseffekt anheizen. Besonders gefährlich sind die 10,3 Millionen deutschen Rinder (2025), während die 300 Millionen Kühe in Indien ihre Blähungen klimaneutral ablassen.

Hier nochmals als pdf mit der richtigen Hochstellung der Potenzen **Hug - Herr Ebel**

Empörungsrituale der Elektro-Apostel

geschrieben von Admin | 17. Oktober 2025

Die Klima-Apologeten erleben, wie ihre Hegemonie unter der Realität zerbröseln. Deshalb wird das geringste Abweichlertum mit allen Mitteln bekämpft. Selbst das Lavieren von Friedrich Merz beim Verbrennerverbot wird zum Dammbuch erklärt.

Von Michael W. Alberts

Der Eiertanz der Berliner Koalition um das Verbrennerverbot ist schon eine peinliche Vorstellung, und nicht nur wegen der Gründe, die Dirk Maxeiner aufgezeigt hat. Man sieht ein, dass man den EU-Zwang nicht bestehen lassen kann, traut sich aber nicht wirklich, ihn abzuräumen. Man feilscht kleinkariert um Details, versteckt sich hinter rhetorischen Formeln, um irgendwann (als könnte man das Thema nicht innerhalb eines halben Tages abhandeln) einen faulen, halbherzigen Kompromiss als hart errungene Lösung zu verkaufen (deren Durchsetzung in der EU ungewiss ist).

Selbst Markus Söder (Regent über Audi in Ingolstadt, BMW in Dingolfing und München), der allen Anlass hat, angesichts der kommenden Bayern-Wahl, das Ruder umzulegen, beteuert markig, wie sehr er nach wie vor zur Elektromobilität stehe, selbst nachdem ihm vermutlich bekannt ist, dass der Marktanteil der Stromer bei den Neuzulassungen immer noch nur bei einem Fünftel liegt (hierzu dieser kürzliche Beitrag).

Man sollte meinen, selbst abgesehen vom dramatischen Niedergang der Industrie, die Konsumenten und ihr Votum seien nur schwer misszuverstehen mit ihrer klaren Ansage „Danke für die Option, aber im Wesentlichen Nein Danke“. Die Politik bräuchte eigentlich nur hierauf zu verweisen und ihre Volksnähe herauszustellen: „Wir haben verstanden“, könnten sie sagen zu Verbrauchern, Arbeitnehmern, Steuerzahlern. Aber der größte Teil der Berliner Blase glaubt natürlich, schlauer zu sein als das dumme Volk, die ehemalige Volkspartei SPD allemal.

Empörungsrituale der Elektro-Apostel

Gerade angesichts der Mutlosigkeit der Regierung, die in Treue fest zur Elektromobilität steht und nur lächerliche Zugeständnisse zu machen bereit ist, erstaunt umso mehr, wie die grünen Tugendwächter der Energie- und Mobilitätswende sich im Internet auslassen: als sei die Bundesregierung ganz und gar verrückt geworden, als lasse sie alle Vernunft fahren. Die Argumentationsmuster sind kennzeichnend für ein Weltbild und ein Politikverständnis, die einer tatsächlichen Demokratie mit freiheitlicher, aufgeklärt bürgerlicher Orientierung unwürdig sind – heimisch in den Köpfen ausgerechnet derjenigen, die „unsere Demokratie“ für sich gepachtet haben, ausgrenzend besitzergreifend.

„Die Zukunft ist elektrisch“, so wird vollmundig festgestellt (und zwar flächendeckend, als hätte jemand die Parole ausgegeben). Die Schlichtheit der Ansage, als Weltformel zur Beschreibung einer hoch komplexen technischen Zivilisation und ihrer möglichen Entwicklung, ist ohnehin atemberaubend. Aber das grüne Energiewende-Idyll beruht in der Tat darauf, dass alles nur noch elektrisch betrieben wird, und zwar mit „erneuerbaren“ Energien – nebenbei bemerkt eine absurde Orwell'sche Prägung: Die Sonne ist nicht erneuerbar, sie ist ein nicht mal besonders großer Stern, wo durch Kernfusion ungeheure Energien freigesetzt werden, aber irgendwann ist das Material erschöpft und der Stern verglimmt. Zugegeben, das sprengt menschliche Zeithorizonte, aber trotzdem ist da nichts „erneuerbar“. Auch ein Windrad ist nicht erneuerbar, man muss es schon verschrotten (weit früher als ein „fossiles“ Kraftwerk) und ein ganz neues bauen. Die Vokabel macht null Sinn.

Die Schlichtheit der Parole ist auf demselben astronomischen Niveau wie die der Energiewende-Politik, die ein simples, primitives Patentrezept über alles stülpt – und was nicht passt, wird passend gemacht. Sie ist auch ebenso verlogen, denn die elektrische Zukunft verweigert sich der Orientierung am tatsächlichen Bedarf, der Nachfrage, was nicht progressiv ist sondern rückschrittlich, und sie hebt sich gleichzeitig selbst auf durch die Negation, die darin liegt, dass die Elektrizität, die doch die Zukunft wesentlich definieren soll, zur exklusiven und unbezahlbaren Ware wird. Würde man postulieren „Die Zukunft gehört den Akademikern“, sollte man keine Bildungspolitik erwarten, die Universitäten abschafft und unerreichbar macht.

Religiöse Anbetung des Klimas

Aber selbst wenn man die Ansage im aktuellen Kontext nur auf die Antriebsstränge von Autos bezieht: Sie kommt ja nicht als politische Forderung daher. Sie wird vielmehr dargeboten als prophetische Enthüllung. Da haben welche erkannt, wo die Reise hingeht, und zwar aus beinahe schicksalhafter historischer Notwendigkeit. Der dialektische Weltgeist will, dass wir mit Batterie-Autos fahren. Diese Art des Denkens ist nicht wirklich überraschend, denn die ganze grüne Weltanschauung fußt immer schon, ideologisch wie Aktivistensoziologisch, auf dem Marxismus.

Das grüne Establishment ist die Avantgarde, die auf wissenschaftlicher Grundlage erkannt hat, welche Revolution jetzt notwendig und unvermeidlich ist. Das große Ziel ist die Klimaneutralität, dazu bedarf es der Energiewende mit Öko-Strom als Allheilmittel, und daraus folgt die Mobilitätswende bei der Kfz-Technik. Das Vorhaben als revolutionäre, komplette Umwälzung der gesamten Zivilisation zu begreifen, ist keine unfaire Zuschreibung von außen, von Seiten der störrischen „Klimawandelleugner“, sondern Selbstverständnis der Aktivisten, und der offizielle Kampfbegriff ist „Transformation“. So heißt das, wenn eine Technokratie die Revolution mit bürokratischer Borniertheit umsetzt.

Es ist durchaus kein Widerspruch zum marxistischen Denken, bei den Akteuren eine regelrecht religiöse Inbrunst wahrzunehmen, einen missionarischen Eifer, denn das „Klima“ ist offensichtlich eine Ersatzreligion, mit kultischen Elementen, Geboten, Sündern, auch rituellen Opfern, Selbstkasteiung, Hohepriestern und bezopften Prophetinnen aus Schweden.

Die klimaneutrale Zukunft ist natürlich eine Utopie und als solche niemals erreichbar, so wie eine klassenlose, einschränkungslos gerechte Gesellschaft. Der Marxist wie der Klimaprophet ziehen daraus aber nicht den Schluss, es sei vergeblich, sondern fordern umso größere Hingabe. Kompromisslertum und Halbherzigkeit können nicht geduldet werden. Deshalb wird das ängstliche Lavieren der Merz-Truppen schon als kompletter Verrat in der Luft zerrissen, als gehe es an die Grundfesten. Das tut es für die Klima-Vorkämpfer auch; wie in jedem religiös aufgeladenen Kult ist nichts weniger als das Maximum akzeptabel.

Das Unvermeidliche braucht doch den Zwang

Die nächste Parallele liegt darin, dass die kommunistische Avantgarde (akademisch sozialisierte Bürgerkinder) zwar vorgibt, für die breite Masse der unterdrückten Arbeiter zu kämpfen, von diesen aber leider nicht allzu freiwillig als Anführer akzeptiert wird. Ebenso scheint der normale Autofahrer in Deutschland es bisher nicht so richtig zu verstehen, die Weltrettung durch batterie-Autos – und nur einer von fünf Käufern folgt der Avantgarde bei seiner Auswahl. Die anderen vier haben leider noch das falsche Bewusstsein und müssen daher an die Leine genommen werden.

Zwischen der behaupteten Unvermeidlichkeit der „elektrischen Zukunft“ und dem Käuferverhalten klafft ein Abgrund. Die Avantgarde muss letztlich die breiten Massen zu ihrem Glück zwingen, das ist nun mal ihre geschichtliche Aufgabe. Und sofern der Zwang sich noch ein wenig schämt, ein solcher zu sein, wird nun lamentiert, die Verwässerung des Verbrenner-Verbots werde die Verbraucher „verunsichern“: Die Bundesregierung riskiert selbst mit ihrem zögerlichen Herumfummeln schon die nötige Klarheit und Eindeutigkeit in der Kommunikation mit dem gemeinen Bürger.

Solange formal noch Freiwilligkeit besteht, darf aber doch zumindest kein Zweifel aufkommen daran, was die einzig richtige Lösung darstellt. Auch (und gerade) wenn es keinen Impfwang gibt, muss der Verweigerer zumindest eindeutig als Volksfeind angeprangert werden. Immer das gleiche Muster. Undenkbar, dass der Autokäufer abhängig von seinen persönlichen Bedürfnissen selbst entscheidet, was die beste Technik ist. Optionen sind nur verwirrend und daher von Übel. Freiheit? Nur die Freiheit der Einsicht in die Notwendigkeit. Oder, in Merkel-Deutsch: Alternativlosigkeit ist Trumpf. Sie hat ihren Marx eben gelernt und verinnerlicht.

Eine gewisse Ironie liegt darin, dass die Firma SAP offenbar beschlossen hat, nur noch BEV als Dienstwagen für die sicher hoch qualifizierten Beschäftigten zu erlauben. Selbst kluge Software-Experten würden sonst womöglich die falsche Entscheidung treffen. Man sieht, die Avantgarde ist ein ziemlich exklusiver Zirkel nur für Ausgewählte. Ganz normale Bürger, die ihr Geld als Facharbeiter oder Dachdecker verdient haben, dürfen dann natürlich erst recht nicht die freie Wahl überlassen bekommen, und solange doch, darf die Politik keinen Zweifel bestehen lassen, dass alles außerhalb von BEV-Technik übel ist: vorgestrig und verstaubt.

Von der Avantgarde-Überzeugung, dass nur BEV den Weg in die Zukunft weisen, lassen sich weitere erstaunliche „Einsichten“ ableiten. Denn wenn die Zukunft elektrisch ist, dann lassen sich eben auch nur mit BEV Gewinne erzielen – so ergibt sich das zwingend im grünen Bauchgefühl. Alles, was nicht BEV ist, gefährdet im Umkehrschluss den Bestand der Hersteller und der Arbeitsplätze. Das wird von prominenten Experten-Darstellern allen Ernstes so behauptet.

Nur das unbeirrte Festhalten am Verbrenner-Verbot verspricht in dieser Logik den ökonomischen Erfolg, denn wie gesagt: „Zukunft!“ – auch wenn die konkreten Erfahrungen der deutschen und anderer europäischer Hersteller offensichtlich das Gegenteil belegen. Gewinneinbrüche und Absatzprobleme werden einfach ignoriert – oder dreist wegerklärt. Dass bei VW jeder fünfte Neuwagen ein BEV ist, beweist angeblich die Großartigkeit des Konzepts und die Richtigkeit des eingeschlagenen Kurses. Die verbleibenden 80 Prozent sind unbeachtlich. Mit gleicher Logik müsste man eigentlich schlussfolgern, dass ein Viertel AfD-Wähler die Zukunft Deutschlands vorwegnehmen.

Das Narrativ – nur närrisch-naives Wunschdenken

Empirisch unverkennbare Realitäten der Gesellschaft und Wirtschaft spielen für Marxisten und Öko-Maoisten keine Rolle. Alles muss dem „Plan“ folgen, und wenn es nicht funktioniert, dann waren es feindliche Elemente, Abweichler und Klassenfeinde. Wenn von VW bis Mercedes keine Gewinne mehr erzielt werden, obwohl doch die Zukunft elektrisch ist und die Konzernlenker der Utopie beflissen auf den Leim gegangen sind, dann nur, weil der Weg noch nicht energisch genug gegangen wurde. Wenn die Blutegel die Krankheit noch nicht geheilt haben, dann müssen mehr Blutegel her. Noch ist Windkraft unzuverlässig, aber zehnmal so viel funktioniert!

Eine phantasievolle Variante des Arguments ist, dass die deutschen Hersteller nicht rechtzeitig auf den BEV-Zug aufgesprungen und deshalb technologisch noch nicht so weit seien. Dabei ist weder an Elektromotoren noch an Batterien viel technologisch aufregend Neuartiges. Diejenigen, die sich ein BEV zulegen, sind auch offensichtlich nicht der Meinung, nur die technologisch so fortgeschrittenen Chinesen wüssten so ein Ding richtig zu bauen. In Wahrheit beherrschen die hiesigen Traditionshersteller auch den BEV-Markt erdrückend: Zumindest die realen Autofahrer scheinen insoweit zu glauben, dass Audi und BMW durchaus attraktive Batterie-Autos drauf haben, aber aus Sicht der Avantgarde mag auch das auf falsches Bewusstsein deuten.

Dass die Kundschaft weit überwiegend beim Verbrenner bleibt, war für die Energiewende-Experten-Elite schon ärgerlich, wie immer, wenn das Volk nicht richtig spurt, aber noch erträglich, solange das Establishment die Reihen fest geschlossen hielt. Aber nun schert der Merkel-Ersatzkanzler doch tatsächlich aus, sogar mit markigen Worten. Da ist zwar wie immer weit weniger dahinter, als es erst klingt, aber postmoderne Marxisten glauben, durch ihre klugen Worte die Welt neu zu definieren und durch Kontrolle des Sagbaren die Verhältnisse zu bestimmen – insoweit ist man schon bei den Vokabeln hellhörig und alarmiert.

Die sichtliche Nervosität, wenn nicht gar Panik auf Seiten der BEV-Apostel, der Avantgarde der „elektrischen Zukunft“, beruht nicht darauf, dass man in seinem naiv-utopistischen Weltbild inhaltlich erschüttert würde. Die vorgetragenen „Sach“-Argumente sind im Grunde nur Platzhalter für etwas ganz anderes, eben die skizzierte ideologische Grundhaltung, den Machtanspruch darin, Pädagogik für vermeintlich niederes Volk und politische Sophisterei, um rhetorisch die Debatte zu kontrollieren und zu gewinnen.

Die Apologeten wissen durchaus, dass sie der Allgemeinheit nur vortragen, was man heute ein „Narrativ“ nennt. Es ist auch kaum vorstellbar, dass sie sich nicht bewusst wären, dass Deutschland und Europa so oder so nicht das Weltklima retten werden, ob nun mit Solarmodulen oder Batterie-Autos. Ihr echtes Problem ist vielmehr: Sie

müssen nun erkennen, dass ihre Hegemonie unter dem Druck der Realität zerbröseln, ihre Deutungshoheit darüber, was gut und richtig sei. Sie waren gewohnt, als Klasse der „Experten“ und Meinungsführer die Berliner Politik vollständig zu kontrollieren. Selbst das lächerliche Lavieren von Merz und Söder ist für sie ein Dambruch. Was erlauben die sich eigentlich?

Der Energiewende-Rigorismus als revolutionärer Impuls

Es ist aber noch viel schlimmer. Wenn selbst ein grüner Ministerpräsident Kretschmann in Stuttgart so viel sagt wie „Klima schön und gut, aber uns bricht hier die Industrie weg“, dann legt er damit die Axt an das Fundament der grünen Herrschaft, denn in der Klimareligion gibt es keinen weiteren Gott neben dem CO₂, das in der Negation angebetet wird. In dem Moment, wo das Klima nur noch eines von vielen politischen Zielen darstellt, wo es sich pragmatisch kompromissbereit mit konkurrierenden Notwendigkeiten arrangieren muss, ist es erledigt.

Der Krieg um das Verbrenner-Verbot ist ein Stellvertreter-Krieg. Wer die reine Lehre vom BEV infrage stellt, und sei es nur zögerlich, dem ist auch sonst bei der Energiewende und der notwendigen „Transformation“ der Gesellschaft nicht zu trauen. Die Debattenbeiträge und Motive der jetzt so aufgeregt-aufgescheuchten Meinungsführer und Gesinnungswächter sind nicht verstehbar ohne Beachtung ihrer religiös-fanat�sch aufgeladenen, extremistischen Haltung. Die Klimareligion verhält sich nicht anders als die neuere linke Bewegung des „woken“ Bewusstseins. Das Verrückte wird abrupt zur Normalität erklärt („new normal“!) und das Normale als praktisch Nazi. Wer die deutsche Fahne gut findet, wird wohl auch heimlich Hitler verehren. Wer „Zwangsgeb hren“ sagt, ist rechtsextrem.

Der gr nlinke Eifer ist eben bei allen Themen im Kern revolutionär, auch wenn er an der Oberfläche etablierte bürgerliche Verhaltensmuster an den Tag legt. So wie führende Politiker dieser Republik nichts dabei finden, der „Antifa“ und ähnlichen Horden moralische und finanzielle Unterstützung zu gewähren. Klimawahn und Energiewende sind insoweit nur Teil der Agenda einer fanatischen Bewegung, die außerhalb von Maximalzielen und Extremismus nicht existieren kann. Könnte sie es, würden sich die Protagonisten anders verhalten, nämlich tatsächlich tolerant und gespr chsoffen. Mäßigung und Kompromiss sind dem Revolutionären aber wesensfremd.

Die wohlbestallten „Experten“ und Klima-Apologeten, die sich jetzt so empört und belehrend aus ihren Wohlf hlblasen melden, weil die reine BEV-Lehre infrage gestellt wird, haben aus dieser Perspektive ganz recht, sich so aus dem Fenster zu lehnen. Es ist erstaunlich genug, dass Alt-Maoist Kretschmann sich so wahrhaft vernünftig-pragmatisch äußert. Selbst wenn sein Motiv mit den kommenden Landtagswahlen zu tun haben sollte – das ist in einer Demokratie ja Sinn der Sache. Oder es ist abgeklärte Altersklugheit – jedenfalls scheint er zu erkennen, dass fanatische Energie- und Mobilitätswende den Fortbestand Deutschlands im

Kern bedrohen. Und das ist ein Paradigmenwechsel.

Der Anfang vom Ende der Klima-Verabsolutierung

Die grünen Klimafanatiker haben bisher immer suggeriert, die Energiewende werde automatisch und wie durch Zauberhand alles zum Guten wenden, denn „Wind und Sonne schicken keine Rechnung“, und als Vorreiter werden wir mit unserem Öko-Know-how Profit machen ohne Ende. Die Hardcore-Avantgarde sieht gar nicht ein, an diesem Narrativ etwas zu ändern. Sie behauptet einfach weiterhin, das sei der Weltgeist, auch wenn 90 Prozent der Welt sich gegenteilig verhalten. Das wollen wir doch mal sehen.

Das neue Narrativ aus Berlin, vom Kanzler-Verein, lautet: wir müssen weitermachen beim Klima, aber zugleich brauchen wir wieder Wachstum und Wohlstand, und so, wie wir es bisher versucht haben, scheint es nicht zu funktionieren. Das ist nicht nur eine Kritik an den Grünen oder an wem auch immer, der die bisherige Politik praktisch betrieben hat, sondern damit ist auch der grün behauptete Automatismus weg, wonach Klimaschutz wie von selbst Wohlstand produziert, regelrecht damit identisch sei.

Das ist schon mal ein Schlag ins Kontor. Nicht weil die Erkenntnis so sagenhaft originell wäre, sondern weil sie offiziell deutsche Politik wird. Aber man ist eben in den politisch maßgeblichen Kreisen, personifiziert durch mehr als einen Ministerpräsidenten, schon weiter, noch viel kontra-revolutionärer: Wenn es hart auf hart kommt, hat der Wohlstand Vorrang vor dem Klima. Klima wird zum „nice to have“ Artikel, abhängig davon, ob man es sich leisten kann.

Nichts anderes als das bedeutet das Lavieren beim Verbrenner-Verbot mit der ganzen politischen Begleit-Folklore, einschließlich Nebelkerzen und Phantumlösungen. Es ist in der Sache zu wenig, es ist absurd, es ist nervtötend. Aber es bedeutet trotzdem, dass das Klima keinen exklusiven, unantastbaren Alleinstellungs-Anspruch mehr hat. Wozu Berlin sich durchringen kann, ist nur eine kleinliche Fummelei – und doch genau der Dambruch, der nötig war. Die Avantgarde des Klimawahns zetert zu Recht, denn für sie ist es der Anfang vom verdienten Ende.

Der Paradigmenwechsel ist offiziell auf der Tagesordnung. Klima sticht nicht mehr automatisch alles andere wie der Kreuzbube beim Skat. Und die grüne Expertenblase mit ihrem satt subventionierten Umfeld hat nicht mehr die Definitionsgewalt, nicht mal innerhalb des Berliner Establishments. Es kommt was ins Rutschen.

Michael W. Alberts hat langjährige Erfahrung in der Politikberatung und in politischer Kommunikation und sich für Achgut schon häufig mit Fragen der Klima-, Energie- und Verkehrspolitik auseinandergesetzt.

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

Der neue Papst und die Klimareligion

geschrieben von Admin | 17. Oktober 2025

Edgar L. Gärtner

Das Armutsgelübde ihres römisch-katholischen Bettelordens hat berühmte Dominikaner wie den Italiener Thomas von Aquin sowie später die Spanier Domingo de Soto und Juan de Mariana nicht davon abgehalten, die geistigen Grundlagen des Kapitalismus in Form des zivilen Naturrechts und zu erarbeiten. Der wenigstens partielle Übergang zur kapitalistischen Form des Wirtschaftens hat es seit dem Ende des 20. Jahrhunderts Milliarden von Erdenbürgern ermöglicht, der Armut zu entkommen. Die meisten der heute lebenden Menschen verdanken ihr Überleben buchstäblich dem Kapitalismus, denn die vorkapitalistische Subsistenzwirtschaft ermöglicht nicht die Ernährung von über 8 Milliarden Menschen. Da der Kapitalismus eine Wirtschaftsweise, aber kein geschlossenes System darstellt, ist er auch ohne Weiteres mit religiös begründeter freiwilliger Armut vereinbar.

Das Lehrschreiben „Dilexi te“

Doch unser neuer Papst Leo XIV., dem ich als einfacher Gläubiger eine Gnadenfrist eingeräumt habe, schloss sich kürzlich in seinem ersten Lehrschreiben (Apostolische Exhortation) mit dem Titel „Dilexi te“ (deutsche Kurzfassung hier) ausdrücklich dem Verdikt seines Vorgängers an: „Diese Wirtschaft tötet.“ Er umschreibt das lediglich mit etwas anderen Worten, indem er die nationale Abschottung und Ausgrenzung der Armen beziehungsweise Zurückweisung von Migranten anprangert und die unter US-Präsident Donald Trump verfügte Kürzung von Sozial- und Entwicklungshilfe-Programmen als unchristlich verdammt. Stattdessen fordert er weltweite solidarische Zusammenarbeit ausgehend von den Bedürfnissen der Armen. Mit jedem zurückgewiesenen Migranten klopfe „Christus selbst an die Türen der Gemeinschaft.“ Kein Wort über die mit der unkontrollierten Massen-Migration verbundene Explosion von Gewaltverbrechen.

Leo XIV.: „Der Kontakt mit denen, die keine Macht und kein Ansehen haben, ist eine grundlegende Form der Begegnung mit dem Herrn der Geschichte. In den Armen hat er uns auch weiterhin noch etwas zu sagen. (...) Ich bin überzeugt, dass die vorrangige Option für die Armen eine außerordentliche Erneuerung sowohl in der Kirche als auch in der

Gesellschaft bewirkt, wenn wir dazu fähig sind, uns von unserer Selbstbezogenheit zu befreien und auf ihren Schrei zu hören.“ Leo XIV. fällt wie sein heuchlerischer Vorgänger Franziskus in das klassenkämpferische Vokabular der vom polnischen Papst Johannes Paul II. (1978-2005) verurteilten „Befreiungstheologie“, wenn er fordert: *„Die Strukturen der Ungerechtigkeit müssen mit der Kraft des Guten erkannt und zerstört werden.“* Es ist bekannt, wie leicht die von der „Befreiungstheologie“ eingeforderte „soziale Gerechtigkeit“ bei einfachen Menschen leicht in den von der katholischen Kirche eigentlich als Todsünde verurteilten Neid umschlägt, der Leistungsträger zu Hassobjekten macht.

Einige Passagen des Lehrschreibens grenzen an einen Armen-Kult und wirken wie eine woke Neuauflage des Prolet-Kultes unseligen Angedenkens: *„Die Armen sind in äußerst unsicheren Verhältnissen aufgewachsen, haben gelernt, unter widrigsten Umständen zu überleben, sie vertrauen auf Gott in der Gewissheit, dass niemand sonst sie ernst nimmt, sie helfen sich gegenseitig in den dunkelsten Stunden und haben auf diese Weise vieles gelernt, was sie im Geheimnis ihres Herzens bewahren. Diejenigen unter uns, die keine solchen Grenzerfahrungen in ihrem Leben gemacht haben, können sicherlich viel aus jener Quelle der Weisheit schöpfen, die die Erfahrung der Armen darstellt. Nur wenn wir unser Klagen mit ihren Leiden und Entbehrungen in Beziehung setzen, können wir eine Ermahnung vernehmen, die uns dazu nahelegt, unser Leben einfacher zu gestalten.“*

Da ist der Sprung nicht weit zur so genannten Klimapolitik, die die Menschen durch die massive künstliche Verteuerung der Lebenshaltung durch CO2-Steuern und das Billionengrab „Energiewende“ zwingt, ihren Gürtel enger zu schnallen und das über die kartellierten Massenmedien zu einem Gewinn an Lebensqualität verklärt. Für die „Klimarettung“ erscheint kein Opfer übertrieben. Das Thema „Klima“ wird in dem Schreiben zwar nicht direkt angesprochen. Doch hat Leo XIV. erkennen lassen, dass er in dieser Frage ohne Abstriche die bei einem zwar kleinen, aber bedeutenden Teil des Kirchenvolks umstrittene Haltung seines Amtsvorgängers Franziskus teilt. Kurz bevor sein erstes Lehrschreiben publik wurde, hat er sich mit anderen Würdeträgern und ausgewählten Gläubigen versammelt, um vor einem Eisblock aus der angeblich wegschmelzenden Antarktis zu beten. Dabei wurde in diesem Jahr gemeldet, dass das Gewicht des Antarktis-Eises um viele Milliarden Tonnen angewachsen ist.

Beispiele für die produktive Lösung sozialer Probleme

Wer soll den Armen helfen, wenn es keine Reichen gibt? Im päpstlichen Schreiben findet sich auf diese Frage keine Antwort. Die Alternative zu dem von Leo XIV. gepredigten Herz-Jesu-Kommunismus kann sicher nicht darin bestehen, die Armen und insbesondere Alte und Kranke mit einem Almosen abzuspeisen und sie ansonsten ihrem Schicksal zu überlassen. Es gibt aber Formen der Caritas, die im Einklang mit den Interessen von Wohlhabenden stehen. Ein noch immer aktuelles Beispiel dafür aus der

Geschichte des Christentums ist die Einrichtung der „Hospices de Beaune“ in der „Weinhauptstadt“ Burgunds im 15. Jahrhundert. Dieses Hospital und Altenheim wurde und wird noch heute finanziert durch Geld- und Land-Schenkungen reicher Landsleute sowie insbesondere durch die Erlöse der hier jährlich stattfindenden Versteigerungen der edelsten Burgunderweine, die Interessenten aus ganz Europa anlocken. So kam und kommt noch heute die Befriedigung der Luxus-Bedürfnisse von Reichen den Kranken und Notleidenden zugute. Demgegenüber macht die „Klimapolitik“, abgesehen von einer kleinen Minderheit politisch korrekter Investoren, fast alle ärmer.

In der zweitausendjährigen Geschichte der katholischen Kirche gibt es weitere Beispiele der einvernehmlichen und produktiven Lösung sozialer Probleme. Nicht immer beruhten diese wie in Beaune auf Freiwilligkeit. Bei der Suche nach Wohlstand mehrenden Problemlösungen taten sich vor allem die Avignon-Päpste hervor. Deren Leistungen sind im deutschen Sprachraum noch immer wenig bekannt. Deshalb konnte sich hier die vom Soziologen Max Weber in die Welt gesetzte Legende verbreiten, wonach die wirtschaftliche Freiheit des Kapitalismus eine Frucht des Protestantismus sein soll. Die historischen Tatsachen widersprechen dieser Sicht.

Unter dem zweiten Avignon-Papst Johannes XXII. (1316–1334) erfolgte nicht nur die Heiligsprechung des großen Kirchenlehrers Thomas von Aquin (1225-1274), sondern auch die Abgrenzung von der von den Jüngern des heiligen Franz von Assisi (1181-1226) gepredigten protokommunistischen Glorifizierung der Armut, das heißt in Ansätzen eine Klärung des natürlichen Grundrechtes auf Eigentum. (Nicht zufällig haben Avignon-Päpste auch für den Aufschwung des Weinbaus in Burgund gesorgt.) Doch die Anerkennung des Eigentumsrechts reichte nicht hin, um den Weg zum Wohlstand in einer kapitalistischen Marktwirtschaft freizumachen. Ihr stand als gewichtiges Hindernis das Zins- bzw. Wucherverbot der Kirche entgegen. Dieses Verbot wirkte umso abschreckender, als die Kirche bis ins 12. Jahrhundert aufgrund ihres streng dualistischen Weltbildes noch nicht zwischen Todsünden und lässlichen Sünden unterschied. Es gab also keine Verhältnismäßigkeit zwischen der Schwere eines Vergehens und der drohenden Strafe. Wer einem Reisenden den Schädel einschlug, um ihn auszurauben, den erwartete die gleiche Höchststrafe, die ewige Verdammnis, wie jemandem, der seinen Geschäftspartner lediglich geschickt übers Ohr gehauen hatte. Wer seiner Nachbarin nur lüstern hinterher schaute, war ebenso reif für die Hölle, wie wenn er gleich mit ihr ins Bett gegangen wäre.

Von der Erfindung des Fegefeuers zur kapitalistischen Marktwirtschaft

Um Abstufungen in der Schwere von Verfehlungen möglich zu machen, musste es zwischen Himmel und Hölle eine weitere Instanz geben, das Purgatorium (auf Deutsch etwas unglücklich mit Fegefeuer übersetzt). Dieses winkte kleinen Sündern, die obzwar im Stande der Gnade verstorben, noch eine Reststrafe zu verbüßen hatten, bevor sie Gott von Angesicht zu Angesicht

schauen durften. Zwar gab es schon bei den Kirchenvätern der Spätantike wie Tertullian, Origenes und Augustinus von Hippo sowie später bei Papst Gregor dem Großen Hinweise auf eine solche Instanz, aber der Begriff „Purgatorium“ taucht, wie der französische Historiker Jacques Le Goff (1981) nachgewiesen hat, erst im Jahre 1133 bei Hildebert von Lavardin, dem damaligen Erzbischof von Tours auf. Und erst gegen Ende des 12. Jahrhunderts findet der Begriff Eingang in den Sprachschatz der lateinisch sprechenden Pariser Intelligenzia. (Der längere Zeit in Paris lehrende Thomas von Aquin sprach wahrscheinlich kein Wort Französisch.) Als offizieller Bestandteil der Lehre der katholischen Kirche anerkannt wurde das Purgatorium schließlich im Jahre 1274, dem Todesjahr Thomas von Aquins, auf dem 2. Konzil von Lyon und später in der Bulle „Benedictus Deus“ des Avignon-Papstes Benedikt XII (1334–1342).

Thomas von Aquin predigte unter dem Einfluss des Platonismus zwar die Orientierung am „Gemeinwohl“, plädierte in seinem Hauptwerk „Summa theologiae“ mit seiner Theorie des „ordo amoris“ jedoch für eine Begrenzung der Solidarität: *„Wir können nicht jedem Gutes tun. Daher sagt der heilige Augustinus, dass wir alle zu lieben verpflichtet sind, aber nicht gehalten sind, allen Gutes zu tun. Vor allen anderen müssen wir denen Gutes tun, die uns näherstehen,...“*

Wichtiger Bestandteil der Lehre vom Purgatorium war die Annahme, dass die Menschen durch Beten und (freiwillige!) Werke der Nächstenliebe die Qualen der Reinigung für sich selbst und andere abkürzen konnten. Dieser Glaube wurde später zur Basis für die Kapitalbildung durch einen florierenden Ablasshandel. Das mit der Lehre vom Fegefeuer eingeführte Prinzip der Verhältnismäßigkeit erlaubte es gleichzeitig, das Zinsverbot zu umgehen, denn Wucher galt danach allenfalls als lässliche Sünde. Der Zins wurde von nun an vielmehr als Preis für das von den Gläubigern eingegangene Risiko beziehungsweise als Entschädigung für entgangene Gewinnmöglichkeiten begriffen. Es ist sicher kein Zufall, dass der erste Versicherungsvertrag aus dieser Zeit (1287) überliefert ist. Für meinen 2022 verstorbenen libertären Freund Philippe Simonnot stand es deshalb außer Zweifel: Es war die Erfindung des Fegefeuers, die dem Kapitalismus den Weg gebahnt hat. Die protestantische Ethik kann nicht ausschlaggebend für das Aufkommen des Kapitalismus gewesen sein, zumal Luther nach anfänglicher Zustimmung die Lehre vom Fegefeuer als Teufelswerk abgelehnt hat. Dem widerspricht auf den ersten Blick die Beobachtung, dass sich der Kapitalismus später in protestantischen Regionen viel besser entwickelte als in römisch-katholischen. Es geht hier aber um den nachhaltigen geistigen Einfluss von Religionen auf die Gestaltung des Mensch-Umwelt-Verhältnisses.

Auf dem Weg zur Grünen Ökumene

Die katholische Kirche und ihr damaliges Oberhaupt Carol Wojtyła (Johannes Paul II.) spielten eine Schlüsselrolle bei der Etablierung und Verbreitung der globalistischen Klima-Religion. Schon im Jahr seiner spektakulären Polenreise im Jahre 1979, die Millionen der unter

kommunistischer Herrschaft ihrem katholischen Glauben treu gebliebenen Polen anzug, erklärte Wojtyla den heiligen Franz von Assisi zum Schutzpatron aller Umwelt- und Klimaschützer. Ende Oktober 1986 nahm er zusammen mit dem damaligen WWF-Präsidenten Prinz Philip anlässlich des 25. Gründungstages des WWF am Grab des heiligen Franz von Assisi am Treffen der Weltreligionen teil. Ein weiterer Meilenstein auf dem Wege zur grünen Ökumene war Johannes Pauls Neujahrsbotschaft von 1990, in der er die Katholiken aufrief, ihrer „Verantwortung für die Schöpfung“ gerecht zu werden. Somit leistete er neben der löblichen Rehabilitierung der Marktwirtschaft einen wichtigen, wenn nicht entscheidenden Beitrag zum Aufkommen einer grünen Ökumene.

Die Beschäftigung mit den theologischen Hintergründen der Klima-Ideologie ist also alles andere als ein Luxus. Der historische Überblick zeigt, dass die weltweit noch immer einflussreiche, wenn nicht maßgebliche römisch-katholische Kirche, wäre sie dem überragenden Kirchenlehrer Thomas von Aquin und dem von diesem stark beeinflussten Konzil von Trient (1545-1563) treu geblieben, heute die Opposition gegen die selbstmörderische Klimareligion anführen müsste. Stattdessen breiten sich in der katholischen Kirche (wie auch bei der protestantischen Konkurrenz) seit dem 2. Vatikanischen Konzil (1962-1965) starke häretische Strömungen aus, die seit den 80er Jahren Schritt für Schritt in der Klimareligion münden, die den wichtigsten Pflanzennährstoff (CO₂) zum Schadstoff erklärt.

Joseph Ratzingers Warnung vor dem „Antichrist“

Chancen für ein Anknüpfen an den besten Traditionen des Katholizismus bot das Pontifikat des deutschen Top-Theologen Joseph Ratzinger, der den Stuhl Petri als Papst Benedikt XVI. von April 2005 bis zu seinem Amtsverzicht Ende Februar 2013 innehatte. Doch Ratzinger hat sich nie mit dem Thema „Klima“ eingehender beschäftigt. Dafür sagte er Erhellendes über die Illusion einer „global governance“. Benedikt XVI. konnte als Augustinus-Kenner wohl nicht darüber hinwegsehen, dass es sich bei der Klima-Religion mit ihrer Verteufelung des Kohlenstoffdioxids im Kern um eine Form des materialistischen Manichäismus handelt, der dem Wesen des Christentums fundamental widerspricht. Die von einem Teil der Klima-Bewegung verfochtene These von der Gleichberechtigung aller Lebewesen steht in absolutem Gegensatz zur christlichen Lehre von der Gottesebenbildlichkeit des Menschen. Das auch von weniger radikalen Mitgliedern der Bewegung verfochtene Ziel einer globalen „Kohlenstoffgerechtigkeit“ widerspricht dem Subsidiaritätsprinzip der katholischen Soziallehre und der dahinterstehende Machbarkeitswahn verträgt sich nicht mit dem christlichen Primat des Empfangens vor dem Machen. Ratzinger wandte sich schon 1968 in seiner „Einführung in das Christentum“ gegen eine Politische Theologie, die eine selbst ernannte „Elite“ dazu verleiten könnte, im Namen des Primats des Machbaren gegenüber dem Gemachten sich zum Gott zu erheben. Die Menschen könnten ihre Lebensressourcen „Liebe“ und „Sinn“ nicht selbst kreieren, sondern nur empfangen, mahnte

Ratzinger demgegenüber. Außerdem machte er deutlich: Wer immer nur rechnet, ist ein Pharisäer, aber kein Christ.

In seinem dreibändigen Werk „Jesus von Nazareth“ (Freiburg, 2007 ff.) wiederholte Joseph Ratzinger die Warnung, Gott zu spielen, in noch eindringlicheren Worten. Auf Seite 70 legt er zwischen den Zeilen sogar nahe, in der 1992 in Rio beschlossenen „Agenda 21“ ein Manifest des „Antichrist“ zu sehen. Jedenfalls implizieren seine Ausführungen gegen eine durchorganisierte Welt meines Erachtens die Ablehnung einer globalen „Klimapolitik“ nach dem Muster des Kyoto-Protokolls von 1997 und des Pariser Klima-Abkommens von 2015. Denn diese Politik läuft auf den größtenwahnsinnigen Versuch hinaus, mithilfe einer künstlichen Verteuerung der Energie eine im Detail chaotische und daher nicht vorhersehbare zyklische Entwicklung in den Griff zu bekommen. All das findet sich ausführlich in meinem Buch „Öko-Nihilismus“ (2012) und soll hier nicht wiederholt werden.

Joseph Ratzingers Warnungen vor dem „Antichrist“ wurden inzwischen von US-Vizepräsident J.D. Vance und dessen Mentor Peter Thiel aufgegriffen. Unser neue Papst Leo XIV. wird sich daran messen lassen müssen, wieweit er bereit ist, der Spur seines Vorgängers Benedikt XVI. zu folgen.

Tropische Nächte machen die Hamburger ganz wirr im Kopf

geschrieben von Admin | 17. Oktober 2025

Der jüngste „Hamburger Klimaentscheid“ wird der alten Hansestadt einen würdigen Platz neben den weltweit führenden Städten Schilda und Jerewan mit seiner berühmten Radiostation sichern.

Von Manfred Haferburg

Die Freie und Hansestadt Hamburg ist als Stadtstaat ein Land der Bundesrepublik Deutschland und mit knapp zwei Millionen Einwohnern der zweitgrößte Stadtstaat der Bundesrepublik. Hamburg blickt auf eine traditionsreiche Geschichte als Hafenstadt zurück und sieht sich mit seinem großen Umschlaghafen als „Tor zur Welt“. Speicherstadt und Kontorhausviertel sind Teil des UNESCO-Weltkulturerbes. Die Stadt freut sich, mit der Reeperbahn die „sündigste Meile der Welt“ zu haben. Gleich um die Ecke liegen die womöglich noch sündigeren 100 Meter der

Herbertstraße. Hamburg ist auch stolz auf seine „Elbphilharmonie“, die durch Verdoppelung ihrer Bauzeit und Verzehnfachung ihrer Baukosten schon vor ihrer Inbetriebnahme große Berühmtheit erlangte. Doch nun wird wohl der „Hamburger Klimaentscheid“ der alten Hansestadt einen würdigen Platz neben den weltweit führenden Städten Schilda und Jerewan mit seiner berühmten Radiostation sichern.

Der Hamburger Klimaentscheid, offiziell „Hamburger Zukunftsentscheid“, war ein Volksentscheid am 12. Oktober 2025, bei dem die Hamburger über eine Verschärfung des Klimaschutzgesetzes abstimmten. Die Volksentscheid-Initiative forderte: Klimaneutralität bis 2040 (statt bisher 2045), Verbindliche jährliche CO₂-Minderungsziele und Sozialverträglichkeit aller Klimaschutzmaßnahmen. Der Klimaentscheid war initiiert von *Fridays for Future* Hamburg, NABU, ver.di und dem Mieterverein Hamburg und wurde unterstützt von über 160 Organisationen, darunter FC St. Pauli, Greenpeace und BUND. Über 106.000 gültige Unterschriften wurden für das Volksbegehren gesammelt.

Die Wahlbeteiligung entsprach rund 535.000 Abstimmenden von insgesamt etwa 1,32 Millionen Wahlberechtigten. 455.387 Stimmen wurden per Briefwahl abgegeben, und nur 80.261 Hamburger gingen am Wahltag in die Abstimmungsstellen.

Geschätzte 200 neue Beamtenstellen

Tja, liebe vergnügungssüchtige Hamburger, jetzt habt Ihr den grünen Salat. Weniger als jeder zweite Hamburger nahm überhaupt am Entscheid teil, der Rest ging lieber zum „Rendezvous der Träume. Surrealismus und deutsche Romantik“, einer Ausstellung in der Hamburger Kunsthalle. Oder zur Vernissage zeitgenössischer Kunst mit biologischen Anklängen: „VIELSCHICHTIG – Zellen · Gewebe · Struktur“. Manche gingen zur Comedy-Show mit dem Entertainer Mario Barth oder zum Benne Singer-Songwriter-Konzert mit emotionalen Texten, oder gar zum Bigband „Operation Grand Slam“, mit Jazz- und Swing-Klängen vom Feinsten, oder zum Chorkonzert „Music be the food of LOVE“ – Eintritt frei. Man konnte auch zu OLIVIAS WILDEN JUNGS – Party Special auf der großen Freiheit mit Strip-Show und Lounge für Frauen gehen – ideal für Junggesellinnenabschiede, zur Mamma Mia Party, dem ABBA-Feeling mit ausgelassener Tanzstimmung pilgern. Das klingt alles verlockend, man muss auch Prioritäten setzen können. So lag dann auch die Wahlbeteiligung bei eher mageren 40,6 Prozent.

Das Ergebnis überraschte selbst die Initiatoren: 53,2 Prozent Ja-Stimmen. Das notwendige Zustimmungsquorum von 20 Prozent wurde überschritten und das neue Gesetz – „Das tritt nach meiner Kenntnis... ist das sofort... unverzüglich“ in Kraft, hätte Günter Schabowski gesagt und einen Monat nach der Abstimmung gemeint. Die Folgen für die Freie und Hansestadt werden dem Anlass des Schabowski-Zitats durchaus vergleichbar sein. Denn das Ergebnis beinhaltet verheerende Ziele.

Ab sofort ist es per Gesetz in Hamburg erforderlich, den CO₂-Ausstoß um

70 Prozent bis 2030 und um 98 Prozent bis 2040 zu senken. Es sind Jahresemissionsmengen und Sektorenziele einzuführen und jährliche Schätzbilanzen zur Kontrolle der Zielerreichung durchzuführen. Dazu werden geschätzte 200 neue Beamtenstellen benötigt.

Hamburg haarscharf in der Linkskurve

Hamburgs Geschicke werden von einem SPD-Oberbürgermeister namens Peter Tschentscher geführt, der in einer Koalition mit den Grünen die Geschicke der einst so stolzen Hansestadt lenkt. Die Wahlergebnisse der SPD haben sich zwar seit dem Jahr 2000 bis zur Wahl 2025 auf 22,7 Prozent halbiert, die CDU hat ein Drittel der Hamburger Wähler auf nunmehr 20,7 Prozent verloren. Die Grünen hingegen haben sich im selben Zeitraum auf 19,3 Prozent fast verdoppelt. Die Linke hat sich im selben Zeitraum von zwei auf 14,5 Prozent versiebenfacht. SPD-Linke, Grüne und Linke haben großen Einfluss in Hamburg, das einen ziemlichen Linkskurs eingeschlagen hat. Auch der Einfluss der überwiegend linken Medien ist nicht zu unterschätzen.

Hamburg gilt als einer der bedeutendsten Medienstandorte Deutschlands mit einer wirtschaftlich starken Medienlandschaft. Der Norddeutsche Rundfunk (NDR) hat seinen Hauptsitz in Hamburg und produziert u.a. die Tagesschau, Tagesthemen und das Hamburg Journal. Auch das ZDF und DeutschlandRadio betreiben Landesstudios in Hamburg. Spiegel, Zeit und TAZ-Nord sind in Hamburg zu Hause. Auch Luisa Neubauer, das deutsche Gesicht von „Fridays for future“, lebt in Hamburg. Sie engagiert sich stark für Klimaschutzprojekte und war eine zentrale Figur beim Hamburger „Zukunftsentscheid“ zur Klimaneutralität bis 2040. Auch die üblichen Verdächtigen wie BUND, NABU, ver.di, und die Hamburger Kunsthalle und Kulturszene machten an der Spitze mit. Lustigerweise trieben bei der Entscheidung der Mieterbund sowie der FC St. Pauli ebenfalls gegen die ureigensten Interessen ihrer Mitglieder ihr Unwesen.

Seit 2011 führt Hamburg den Titel „Umwelthauptstadt Europas“. Die Hamburger fürchten sich zunehmend vor dem Klimawandel, beklagen eine zunehmende Zahl von Sommertagen und tropischen Nächten und ihren Auswirkungen auf die Konzentrationsfähigkeit der Stadtbevölkerung. Auch haben sich die Hamburger einreden lassen, dass der Meeresspiegel bis zum Jahr 2100 um 1,5 Meter ansteigt. Das sind, wenn ich richtig rechne, ganze zwei Zentimeter pro Jahr und man müsste es eigentlich mit einem Zollstock nachmessen können. Da kann es schon mal vorkommen, dass man verschreckt das funkelneue Großkraftwerk Moorburg abschaltet und vorsorglich in die Luft sprengt, eine Tragikomödie, die wir hier auf der Achse in dem Beitrag „Im Sumpf von Moorburg“ beschrieben haben.

Da wollen wir mal den von den tropischen Sommernächten konfuse Hamburgern etwas in praktische Sprache übersetzen, wozu sie sich selbst da gerade gesetzlich verpflichtet haben, was also „unverzüglich – ab sofort“ gerichtlich einklagbar ist.

In Hamburg wird gerade die Aufklärung rückabgewickelt

Fangen wir mit der Zeitskala im Jahr 2030 an, was ja sehr überschaubar ist. In etwa vier Jahren *muss!* Hamburg jetzt seinen Kohlendioxid-Ausstoß um 70 Prozent verringern.

Wer erzeugt in Hamburg eigentlich wie viel CO₂? Den Löwenanteil davon macht die Industrie (Raffinerien, Metallverarbeitung, Chemie) mit 30 Prozent aus. Dann folgen die privaten Haushalte (Heizung und Strom) 25 Prozent, dann Gewerbe (Handel, Dienstleistung, Büro, Gastronomie) mit 20 Prozent, dann der Verkehr (PKW, LKW, Hafenlogistik, Luftverkehr) 20 Prozent und zuletzt die Sonstigen (Abfall, Müllverbrennung, Kläranlagen und Tierhaltung) mit fünf Prozent.

Davon soll in vier (4) Jahren jeder Sektor 70 Prozent einsparen. Und der normale Hamburger Bürger ist ja mit fast allen Gebieten verquickt. Und in 15 Jahren soll alles CO₂ verbannt sein. Per Gesetz, auch wenn das physikalisch unmöglich ist. In Hamburg werden gerade Gesetze gemacht, die den Naturgesetzen widersprechen. Viel Glück dabei.

Was bedeutet das für die Hamburger?

Was nun folgt, werden viele nicht glauben. Nicht glauben wollen. Es ist einfach zu verrückt. Aber die Ungläubigen sollten die Geschichte „Im Sumpf von Moorburg“ lesen. Das hat auch niemand für möglich gehalten. Und es ist doch geschehen.

Die Umsetzung der Ergebnisse des Hamburger Klimaentscheids bedeutet für den durchschnittlichen Hamburger Haushalt in den nächsten vier bis vierzehn Jahren: Abschaffung des PKW mit Verbrenner, Kauf eines Elektroautos, Umbau der Heizung auf Wärmepumpe oder Mieterhöhung um drei bis vier Euro pro Quadratmeter, das sind so 350 Euro pro Monat höhere Mietkosten für eine durchschnittliche Wohnung. Dazu kommt die Unbezahlbarkeit des Stroms, für viele Verlust des Arbeitsplatzes. Warum? Weil viele Arbeitsplätze verschwinden. Sie können dann aber Rikschafahrer werden. Oder Lastenradfahrer. Oder CO₂-Kontrollleur.

Die Waren des täglichen Bedarfs werden unbezahlbar. Weil Brötchen dann mit teurem Strom oder noch teurerem Wasserstoff gebacken werden. Und Fleisch wegen des Schweinefurzes oder des Kuhrülpers verboten ist. Modische Kleidung? Zu viel CO₂! Urlaub? Fliegen geht nicht – CO₂. Höchstens eine Wanderung ins renaturierte ehemalige Hafengebiet. Und krank sollten sie lieber nicht werden. Sie wissen schon – Arznei aus der Chemie? Nee, die ist weg. Dieselnotstrom im Krankenhaus bei Blackout? Diesel verboten, Wasserstoff knapp und zu teuer.

Im Industriebereich müssen die Raffinerien, die chemische Industrie und Metallurgie aus Hamburg verschwinden, denn Wasserstoff wird es nicht geben oder er ist mit Wirkungsgraden von 15 bis 18 Prozent nicht bezahlbar. Auch der Hamburger Hafen muss abgewickelt werden. Vielleicht wird es ja ein schöner Yachthafen für Ausländer? Oder ein schönes

renaturiertes Moorgebiet?

Der gesamte Verkehrsbereich muss umgestellt werden – beim Lieferverkehr auf Lastenräder, im Personenverkehr auf Rikschas, beim Fernverkehr auf indische Bahn-Verhältnisse. Müll kann nicht mehr abgeholt und schon gar nicht verbrannt werden. Es wird aber auch kaum noch welcher entstehen, weil es nichts mehr zu kaufen gibt. Dosen- und Flaschenpfand wird obsolet, weil es keine Blechdosen und Plastikflaschen mehr gibt. Und damit entfallen auch solche genialen Ideen wie an Plastikflaschen unlösbar angebrachte Schraubdeckel.

Da bleiben keine grünen Wünsche unerfüllt. Und genau deshalb wird die Umsetzung dieses Irrsinns auch nicht zu Ende geführt, weil die Hamburger rebellieren werden, wenn sie erst mal merken, dass sie auf dem besten Wege sind, ihre Existenzen zu zerstören. Dann merken sie nämlich auch, dass *Klimaschutz* und *sozialverträglich* nicht zusammenpassen. Der Staat hat kein Geld, das er verteilen kann, es sei denn, er hat es jemandem weggenommen. Es bleibt ein ehernes Gesetz: „irgendwann geht den Sozis immer das Geld der anderen aus“. Das gilt auch in der Freien- und Hansestadt Hamburg.

Die Frage ist nur, was wurde bis zum Abbruch des Klimairrsinns alles schon nachhaltig zerstört. Man betrachte nur die Energiewende, bei der der Point of no return schon überschritten ist.

Was nützt es der Welt, wenn Hamburg Harakiri begeht?

Eine weitere ketzerische Frage stellt sich: Ist „menschgemachtes Kohlendioxid“ wirklich ein Treiber des Weltklimas, das sich seit Äonen auch ohne Menschen ständig ändert? Oder ist es wahr, was Trump sagt: Der menschengemachte Klimawandel ist nur ein Betrug, mit dem ein Geldumschaukelbagger Unsummen aus den Gärten kleiner Leute in die Schatzkammern einiger Oligarchen befördert? Stimmt es, dass es selbst in Europa mittels der „Erneuerbaren“ ein paar Millionäre zu Milliardären gebracht haben?

Selbst wenn die Theorie vom menschengemachten Klimawandel stimmen würde, nützt der Klimaschutz-Selbstmord der Stadt Hamburg in irgend einer Weise dem Weltklima? Kurze Antwort: nichts, rien, nothing, nada, nitschewo, كچه زباني، 什么都没有，什么都没有，hakuna kitu... Europa erzeugt heute sechs Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes. Deutschland ungefähr 1,6 Prozent. Hamburg etwa 0,0275 Prozent. Noch Fragen?

Dröhnende Stille im Saal. „Doch, es bringt etwas!“ Ein Ruf von Luisa, der Luisa von der „Fridays for Future“-Fraktion, schneidet durch die Stille. Sie läuft nach vorn und schnappt sich das Mikrofon vom Rednerpult. „Doch, es bringt uns etwas! Wir ziehen die CO₂ Ziele um 10 Jahre vor. Das vermindert den Anstieg des Hamburger Meeresspiegels um 20 cm! Ist das nichts? Die ganze CO₂ emittierende Welt muss ihre Deiche bis 2100 um 150 cm erhöhen, das kostet! Wir hier in Hamburg aber, müssen die Deiche nur um 130 cm erhöhen, weil wir ja die Klimaziele zehn Jahre

früher erreicht haben. 20 cm weniger Meeresspiegelanstieg, als die anderen. Wenn die anderen sehen, dass der Meeresspiegel bei uns weniger ansteigt, dann werden sie begreifen, dass Klimaschutz wirkt und sinnvoll ist. Wir sind dann ein Vorbild für die Welt“.

Spricht's und klebt sich zwecks Unterstreicherung der Bedeutung ihrer Aussage mit Sekundenkleber am schönen hölzernen Rednerpult fest, das noch aus der Vor-Klimazeit stammt. Doch im Hintergrund taucht schon der Hausmeister mit der Laubsäge auf, um Luisa schonend vom Rednerpult zu lösen. Alles wird gut. Auch in Hamburg.

Manfred Haferburg wurde 1948 im ostdeutschen Querfurt geboren. Er studierte an der TU Dresden Kernenergetik. Im KUUUK-Verlag veröffentlichte er seinen auf Tatsachen beruhenden Roman „Wohn-Haft“ mit einem Vorwort von Wolf Biermann.

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

Immer weiter schönreden

geschrieben von Admin | 17. Oktober 2025

Schönreden hat ja auch seine guten Seiten, es tröstet und beruhigt, wenn es einem wirklich schlecht geht. Allerdings, an die Ursachen einer Krise kommt man so nicht heran. Das ist wohl ein Grund, warum Cicero jetzt in einem Artikel entschlossen ausruft: „Die Zeit des Schönredens ist vorbei“. Deutschlands Wirtschaft – Die Zeit des Schönredens ist vorbei | Cicero Online

Von Peter Würdig

Eine Kommission von Experten

Die Hoffnung von Cicero stützt sich dabei auf die Tatsache, dass die Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche eine Kommission von Experten (und einer Expertin !) einberufen hat, die jetzt ein Gutachten herausgebracht hat. Nun fragen wir uns, ist die Zeit des Schönredens wirklich vorbei, und dazu wollen wir uns dieses Gutachten doch mal näher ansehen. Das Original gibt es hier:

[bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Downloads/W/wachstumsagenda-fuer-deutschland.pdf?__blob=publicationFile](https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Downloads/W/wachstumsagenda-fuer-deutschland.pdf?__blob=publicationFile)

Der Titel des Gutachtens lautet: „Eine Wachstumsagenda für Deutschland“, und die Experten sind Veronika Grimm, Justus Haucap, Stefan Kolev, Volker Wieland. Ganz allgemein kann man sagen, dass das Gutachten viele interessante und beachtenswerte Feststellungen enthält, wobei ich mich als technischer Physiker auch soweit einschränken muss, dass ich nicht alle dort aufgeführten Hinweise fachlich bewerten kann.

Die Lage der Wirtschaft

Cicero meint dazu: „Die deutsche Wirtschaft steht mit dem Rücken zur Wand“, und im Gutachten drückt man das etwas gemäßiger aus: „Die deutsche Volkswirtschaft stagniert seit dem Jahr 2021.“ Die im Gutachten genannten Zahlen sind sicherlich zutreffend, doch die nüchterne Aufzählung dieser Zahlen trifft nicht die wirkliche Brisanz der Entwicklung. Ebenso kann man nicht von einer „schleichenden Deindustrialisierung“ sprechen, die ist seit einigen Jahren voll im Gange. Wir erleben in der letzten Zeit fast täglich Nachrichten von Firmen, die entweder in das Ausland abwandern oder Teile der Produktion schließen, dieses verbunden mit dem Verlust von Arbeitsplätzen in großer Zahl. Was soll es einem der Betroffenen, der also seinen Arbeitsplatz verloren hat, sagen, wenn er sieht, dass im Gutachten ein Diagramm mit der Vermögensentwicklung von Milliardären besprochen wird ? So etwas wird auf Unverständnis stoßen.

Andere Punkte, die im Gutachten behandelt werden, wie etwa „Technologiedefizite, schwache Innovationskraft“ oder „Verteilung der 1.276 Einhörner auf der Welt“ haben sicherlich eine gewisse Bedeutung.

Der Elefant im Raum

Aber diese Aufzählungen treffen eben nicht den entscheidenden Kern, der die jetzige wirtschaftliche Misere herbeigeführt hat, mit anderen Worten, der Elefant im Raum wird nicht wahrgenommen. Wir erleben seit Merkels Atomausstieg 2011, dass wertvolle Industriesubstanz vernichtet wird, während brauchbarer Ersatz weder vorhanden noch überhaupt in Sichtweite ist. So wurde z.B. jetzt das Kraftwerk Moorburg in Hamburg zerstört, und Kühltürme eines Kernkraftwerks sollen in den nächsten Tagen gesprengt werden. Diese fatale Agenda geht unwidersprochen weiter. Um im Bilde zu bleiben, das ist wie auf einem Schiff, dass die Rettungsringe über Bord wirft während der sichere Hafen noch in weiter Ferne liegt.

Die Energiepolitik

Um es klar zu sagen, die Ursache für die wirtschaftliche Fehlentwicklung ist die falsche Energiepolitik, die die Preise für Energie so in die Höhe getrieben hat, dass die Unternehmen im internationale Wettbewerb nicht mithalten können. Im Gutachten wird das zwar immerhin richtigerweise angedeutet. Es heißt da: „Energieintensive Branchen etwa

werden in Deutschland auf absehbare Zeit unter erheblichen Kostennachteilen leiden ...“, aber das trifft eben nicht nur energieintensive Branchen, denn es gibt ja fast kein Produkt der Wirtschaft, in dem der Preis für Energie nicht eine mehr oder minder große Bedeutung hat. So hat also die alleinerziehende Mutter ein Problem, wenn die Preise für Lebensmittel weiter steigen, da ja auch für Düngemittel und Transporte erheblich Energie benötigt wird. Im Text wird dazu auch noch ganz richtig angesprochen, „...sofern sich die deutsche und die europäische Energie- und Klimapolitik nicht dramatisch ändert.“, aber in den im Gutachten am Ende aufgeführten „Fünf Hebel für ein neues Wachstumsmodell“ fehlt dazu eine klare Aussage.

Die Kernenergie

Im Gutachten wird ganz zu Recht der Ausstieg aus der Kernenergie kritisiert („Der Ausstieg aus der Kernenergie ist zudem ein gutes Beispiel für den Verlust an Resilienz, ...“), aber in den fünf Hebeln fehlt wiederum eine klare Aussage zum Ausstieg aus dem Ausstieg. Außerdem fehlt in diesem Absatz auch der Hinweis auf die fatalen Folgen des Kohle-Ausstiegs. Zwar gibt es die Klima-Psychose auch in der EU und (noch) in einigen anderen wichtigen Ländern der Welt, aber den Doppel-Ausstieg aus „Kohle“ und „Atom“ gibt es nur in Deutschland, die übrigen 193 Staaten der UNO machen das nicht mit. Ganz im Gegenteil, in China werden in einem Monat mehr neue Kohlekraftwerke aufgebaut als Deutschland in einem ganzen Jahr vernichten kann, und das machen die in China ganz richtig!

Sicherheit im Energie-Bereich ?

Nun haben wir in Deutschland durch Subventionen von vielen Milliarden Euro einige Tausend Windkraftanlagen und wohl Millionen von PV-Anlagen, jedoch gibt es keine Einzige dieser EE-Anlagen, die verbrauchsgerecht Energie liefern kann, alle diese Anlagen brauchen ein Backup-Kraftwerk, das den ständig schwankenden Output laufend ausgleicht. Das machen im Moment die noch bestehenden Reste der Kohlekraftwerke, wenn das nicht reicht muss auch noch Import aus Frankreich oder Polen dazukommen. Da diese Kohlekraftwerke alle zerstört werden sollen, sieht der Plan von Katherina Reiche Gaskraftwerke vor, die mit grünem Wasserstoff betrieben werden sollen. Nun hat Katherina Reiche angemahnt, und das ist ihr Verdienst, dass man auch auf die Kosten der Energiewende schauen muss, aber für ihre eigenen Pläne hätte sie auch mal zum Taschenrechner greifen müssen. Das hat sie unterlassen, denn nach diesen Vorstellungen käme ja eine ganz irrsinnige Teuerung im Energie-Bereich auf Deutschland zu. Auch hierzu gibt es im Gutachten keine Gedanken.

Mehr Brüssel ?

Zum Ende des Gutachtens muss man noch ein weiteres Fragezeichen setzen, es wird da gefordert: „Fünftens: Europäische Integration vertiefen.“ Nun

hat die europäische Integration auch ihre Vorteile, etwa wenn die Lade-Anschlüsse von Handys genormt werden, aber der Hang zur Verbots- und Kommandowirtschaft kommt verstärkt aus Brüssel, siehe dazu etwa das Verbrenner-Verbot. Da sollte man doch sehr kritisch prüfen, in welchen Bereichen wir die Integration vertiefen sollen und in welchen lieber nicht.